

KOMMENTAR



Langer Bremsweg

Fundamentale Wende beim Schuldenmachen

► STEFAN VETTER (BERLIN)

Die deutsche Finanzlage ist niederschmetternd: Vor 50 Jahren lag der Schuldenstand von Bund, Länder und Gemeinden noch bei umgerechnet 28 Milliarden Euro. Heute sind daraus bereits über 1500 Milliarden Euro geworden. Dass es so nicht weiter gehen kann, haben Politiker aller Couleur immer wieder feierlich versprochen – und dann doch weiter munter Steuergeld ausgegeben. Umso erstaunlicher mutet es an, dass Bund und Länder nun ausgerechnet in der schlimmsten wirtschaftlichen Krise seit Bestehen der Bundesrepublik eine fundamentale Wende planen. Das ist mutig, sagen die einen. Völlig absurd, kontern die anderen.

Die Wahrheit ist schlichter: Union und SPD suchen mit ihrer verabredeten Schuldenbremse einem weit verbreiteten Unbehagen in der Bevölkerung zu begegnen. Um die Rezession zu zügeln und das Bankenwesen zu stabilisieren, wirft der Staat dert mit Milliarden um sich, dass es vielen Leuten regelrecht schwindelig wird. Ein Staatsbankrott galt bislang als völlig abwegig. Aber mittlerweile werden ja auch Banken verstaatlicht. Wer mag da noch an alte Gewissheiten glauben?

Vor diesem Hintergrund hat die Föderalismuskommission von Bund und Ländern einen kräftigen Bedeutungsschub erfahren. Was dort jetzt in einer Grundsatzverabredung auf dem Tisch liegt, ist sicher nicht euphorisierend. Aber ein Fortschritt gegenüber den bisherigen Verfahren zur Schuldenbegrenzung ist das Vorhaben zweifel-

los. Zumal es Bund und Länder gleichermaßen einbindet. Wäre die anfängliche Minimal-Lösung wahr geworden, wonach nur der Bund mit gutem Beispiel voran geht, hätten sich die Länder praktisch sogar noch mehr verschulden können. Dabei ist es am Ende vollkommen egal, welche öffentliche Hand die Kredite aufgenommen hat. Spätere Generationen müssen für sie alleamt geradestehen.

Zu Recht haben die reicheren Bundesländer darauf gepocht, nur Geld locker zu machen, wenn sich die ärmeren zu strengster Haushaltsdisziplin verpflichten. Gelingt das nicht, können die Beihilfen auch gestrichen werden. Das berühmte Fass ohne Boden hätte damit ausgedient. Die großen Verlierer sind allerdings jene Länder, die es aus eigener Kraft geschafft haben, ihre Etats zu sanieren. Dazu gehören Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Kein Wunder, dass die Schuldenbremse dort auf Zurückhaltung stößt. Schließlich muss man sie nun mitfinanzieren.

Natürlich, auch das beste Regelwerk ist wirkungslos, wenn der feste Wille fehlt, es in der Praxis durchzusetzen. Und bei den noch auszuarbeitenden Paragraphen steckt der Teufel ohnehin im Detail. Ein Scheitern kann sich die Föderalismuskommission allerdings nicht mehr leisten. Dazu ist man schon zu weit über den eigenen Schatten gesprungen. Die Schuldenbremse wird kommen, auch wenn der Bremsweg unbefriedigend lang ist.

► an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

AKTUELLES STICHWORT

Schuldenbremse

Nach zweijährigem Tauziehen haben sich Bund und Länder in der Föderalismuskommission grundsätzlich auf eine strikte Begrenzung der Neuverschuldung geeinigt. Letzte Details der „Schuldenbremse“ sollen in der kommenden Woche abschließend verhandelt werden.

Wie sieht die Schuldenbremse aus?

Ab 2016 soll der Bund nur noch einen Neuverschuldungsspielraum von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhalten. Das wären nach jetzigem Stand etwa acht Milliarden Euro. Zum Vergleich: Auch im wirtschaftlichen Boomjahr 2007 musste sich der Bund mehr als 14 Milliarden Euro borgen. Die Länder sollen ab 2020 keine neuen Schulden mehr machen dürfen.

Gibt es Ausnahmen?

Ja. In konjunkturellen Notlagen und bei Naturkatastrophen sind Ausnahmen möglich. Die entsprechenden Schulden müssen aber wieder in besseren Zeiten abgetragen werden.

Wie soll das funktionieren?

Durch ein Kontrollkonto. Überschreitet der Schuldenstand einen bestimmten Schwellenwert, besteht eine Pflicht zum Ausgleich. Das kann durch Ausgabenkürzungen geschehen, aber auch durch Steuererhöhungen. Details müssen noch geklärt werden.

Warum gibt es unterschiedliche Regelungen für Bund und Länder?

Die Länder können sich beim Abbau der Neuverschuldung untereinander helfen. Der Bund muss sich gewissermaßen allein aus dem Sumpf ziehen. Obendrein ist sein Etat konjunkturenabhängiger, weil er zum Beispiel die Kosten für die Arbeitslosigkeit

fast allein trägt. Deshalb sind die Schuldenbestimmungen für den Bund auch weniger streng als für die Länder.

Wie wird den armen Ländern geholfen?

Das war lange umstritten. Im Grundsatz wollen die reicheren Länder und der Bund nun über einen Konsolidierungsfonds die fünf ärmeren Länder Bremen, Berlin, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein neun Jahre lang zusätzlich finanziell unterstützen. Dadurch sollen ab 2020 alle Länder in der Lage sein, keine neuen Schulden mehr zu machen.

Gibt es Auflagen?

Ja. Das Geld fließt nur, wenn die ärmeren Länder jährlich Rechenschaft über ihren Konsolidierungspfad ablegen, zu dem sie sich zuvor verpflichtet haben. Kommt es zu Verstößen, können Bund und reichere Länder den Geldhahn zudrehen. Die Verpflichtung beinhaltet übrigens auch eine strengere Formulierung der Schuldenregelung in den jeweiligen Landesverfassungen.

Wie viel Geld sollen die Länder bekommen?

Das ist noch strittig. Die SPD und Finanzminister Peer Steinbrück wollen die Hilfen für die hochverschuldeten Länder auf jeweils 800 Millionen Euro über neun Jahre begrenzen. Auf dem Tisch liegt aber auch noch ein Vorschlag, der für den gleichen Zeitraum jeweils 900 Millionen vorsieht. Strittig ist auch noch, ob die Gesamtsumme erhalten bleibt, wenn eines der fünf armen Länder seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Theoretisch könnte sein Anteil dann auf die anderen vier übergehen. **Stefan Vetter** (Berlin)



Die Folgen des Krieges zwischen Israel und der Hamas: Diese palästinensischen Kinder müssen zurzeit in vom Kinderhilfswerk Unicef errichteten Zelten in einem Flüchtlingslager im Gazastreifen leben. Foto: imago/UPI-Photo

Eine andere jüdische Stimme

Rolf Verleger übt massive Kritik an der israelischen Politik gegenüber den arabischen Nachbarn. Auch von der Bundesregierung fordert er einen Kurswechsel – gerade wegen der deutschen Geschichte.

VON JOACHIM ZINSEN

Aachen. Er ist die andere jüdische Stimme. Rolf Verleger (58) gehört zum Zentralrat der Juden in Deutschland. Doch während die meisten Mitglieder des Gremiums Israel bedingungslos unterstützen, übt der Psychologie-Professor aus Lübeck massive Kritik an der Politik Jerusalems gegenüber den arabischen Nachbarn.

Herr Verleger, wie würden Sie als jüdischer Deutscher ihr Verhältnis zum Staat Israel beschreiben?

Verleger: Israel ist das zentrale politische Projekt des Judentums. Wer sich als Jude sieht, kann schlecht sagen: „Das Land interessiert mich nicht.“ Meine beiden Geschwister sind nach Israel ausgewandert. Das Land ist mir sehr vertraut.

Was haben Sie während des Gaza-Krieges gefühlt?

Verleger: Ich schwankte zwischen Verzweiflung und Wut.

Warum?

Verleger: Weil der Krieg völlig ungerechtfertigt war.

Hatte Israel denn kein Recht, sich gegen die Raketenangriffe aus dem Gaza-Streifen zu schützen?

Verleger: Die Frage stellt sich so nicht, weil es eine Vorgeschichte gibt. Am 19. Juni 2008 war ein vom ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter vermittelter Waffenstillstand zwischen der Hamas und Israel in Kraft getreten. Danach sank die Anzahl der Raketenanschläge auf israelischem Gebiet gegen Null. Der Beschuss wurde

erst wieder aufgenommen, nachdem Israel am 4. November mehrere Hamas-Leute im Gazastreifen getötet hatte.

Aber es war die Hamas, die Wochen später den Waffenstillstand formell für beendet erklärt hat.

Verleger: Der Waffenstillstand war nur für die Zeit von sechs Monaten geschlossen. Die Hamas wollte ihn neu verhandeln und darauf drängen, dass auch Israel seine Verpflichtungen einhält. Jerusalem sollte die Blockade des Gaza-Streifens lockern. Wer den Raketenbeschuss als unmittelbare Kriegsbegegnung angibt, lügt. Auch die Art der Kriegsführung war eine schreiende Verletzung der Menschenrechte. Unklar ist zudem das israelische Kriegsziel geblieben. Die Armee hat das große Gefängnis Gaza bombardiert, weil die Hamas von der Macht entfernt werden sollte. Aber ist es ein legitimes Kriegsziel, die Führer dieses palästinensischen Gebildes einfach umzubringen, nur weil sie einem nicht passen?

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat der Hamas die Alleinschuld am Gaza-Krieg zugeschoben.

Verleger: Das finde ich erschütternd und macht mich wütend. Es wird in Deutschland ständig die Position der israelischen Regierung übernommen. Jimmy Carter beispielsweise gibt Israel die Hauptverantwortung für das Ende des Waffenstillstands. Die deutsche Politik hätte diesen Standpunkt zumindest mitbedenken müssen.

Viele nichtjüdische Deutsche tun

sich wegen der Shoah schwer, Israel zu kritisieren. Können Sie das nachvollziehen?

Verleger: Natürlich. Es sind integre Menschen, die solche Hemmungen haben. Aber für mich stellt sich die Frage: Darf ich aufgrund von vergangenem Unrecht zu neuem Unrecht schweigen? Außerdem beobachten wir eine billige Verschiebung der eigenen Verantwortung. Ich kann doch von meiner Nachbarnfamilie nicht die meisten ausrauben und umbringen, den Überlebenden aber anschließend sagen: „Macht euch nichts draus. Geht doch zum nächsten Nachbarn und schmeißt den aus seinem Haus. Meinen Segen habt ihr.“ So etwas kann doch keine moralische Position sein.

Sie vergleichen die Shoah mit der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern?

Verleger: Nein, selbstverständlich nicht. Die Palästinenser werden durch die israelische Politik zwar massiv diskriminiert. Aber es existieren keine Lastwagen, die Araber in Todesfabriken abtransportieren.

Es gibt in Teilen der deutschen Bevölkerung antisemitische Ressentiments. Haben Sie nicht Angst, mit Ihrer Kritik an Israel von Rechtsextremisten als Kronzeuge missbraucht zu werden?

Verleger: Aber das Gegenteil passiert doch gerade. Die Tatsache, dass sich der Zentralrat der Juden in Deutschland und die deutsche Politik unisono mit den israelischen Menschenrechtsverletzungen identifizieren, fördert den Antisemitismus. Ich bekomme momentan immer wieder dumme Klischees zu hören, wie: „Die Juden haben viel zu viel Macht. Deshalb können sie sich benehmen, wie sie wollen.“ Solcher Unsinn gedeiht doch nur, weil in Deutschland kaum kritisch über die israelische Politik diskutiert werden kann.

Viele Juden sehen den Staat Israel als mögliche Fluchtburg für den

Fall, dass es mal wieder zu antijüdischen Pogromen oder Schlimmerem kommen sollte. Ist es da nicht nachvollziehbar, wenn Juden sagen, wir unterstützen diesen Staat – auch mit seiner teilweise sehr umstrittenen Politik?

Verleger: Ich halte diese Gefahr nicht mehr für realistisch. Doch selbst wenn irgendwo in der Welt nochmals solche Pläne auftauchen sollten, darf das heute kein Grund sein, zum jahrzehntelangen Irrweg Israels zu schweigen. Die Positionen der Juden in aller Welt werden dadurch nur schwieriger.

Israelische Regierungen heute und in der Vergangenheit haben ihre Politik gegenüber den Palästinensern immer mit dem Sicherheitsbedürfnis des Staates und der Bevölkerung rechtfertigt.

Verleger: Aber sie haben das Gegenteil erreicht. Israel schafft sich immer mehr Feinde.

Der jahrzehntelange Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern scheint inzwischen völlig verfahren zu sein. Sind beide Seiten überhaupt noch in der Lage, ohne Hilfe von außen die Auseinandersetzung zu beenden?

Verleger: Nein. Die EU ist gefordert. Sie hat Machtmittel, um Jerusalem zu einer anderen Politik zu drängen. Zum Beispiel das Assoziationsabkommen. Darin müssen Israel klare Bedingungen gestellt werden – wie es die EU auch gegenüber der Türkei macht.

Was erwarten Sie von Deutschland?

Verleger: Wir müssen die Rolle des Bremsers aufgeben. Alles, was Israel treibt, wird von Deutschland in der EU durchgewunken. Andere Staaten wie Frankreich oder Großbritannien sind da weit kritischer.

Diese Länder haben aber auch eine andere Vergangenheit.

Verleger: Gerade deshalb sollte sich Deutschland für eine universelle Gültigkeit der Menschenrechte einsetzen.

Erste öffentliche Kritik während des Libanon-Krieges

Mit seiner Kritik an der israelischen Politik ist Rolf Verleger erstmals nach dem Libanon-Krieg 2006 an die Öffentlichkeit getreten. Zusammen mit anderen deutschen Juden unterzeichnete er die Erklärung „Schalom5767“. Vom Zentralrat der Juden wurde der Psychologe deshalb heftig kritisiert. Verleger verlor den Vorsitz der jüdischen Gemeinde Schleswig-Holsteins, die er Jahre zuvor selbst aufgebaut hatte.

Verleger sieht durch die israeli-

sche Politik einen zentralen Punkt der jüdischen Religion und Kultur – das Gebot der Nächstenliebe – veraten. Ausführlich schildert der Sohn von Überlebenden der Shoah seinen Standpunkt in dem Buch „Israels Irrweg“ (Papyrossa Verlagsgesellschaft).

Weitere Texte von Verleger hat der von Ghaleb Latour (Roetgen) gegründete „Verein zur Förderung des Friedens in Israel und Palästina“ auf seine Internet-Seite gestellt. Die Adresse: www.israel-palaestina.de

ANSICHT

Wenn du deinen größten Gegner verlierst, verlierst du auch einen Teil deiner selbst.

JOHN MCENROE, AMERIKANISCHER TENNISPIELER UND GALERIST



Wirbt für einen kritischeren Umgang mit der Politik Israels: Rolf Verleger, Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland. Foto: Heike Lachmann